

Antrag - Nr. StVV - AT 1/2013 (§ 34 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2013		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Außenstelle Familienkasse (Bündnis 21/Piraten)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

beim Bremer Senat und der Arbeitsagentur Bremen daraufhin einzuwirken, das in Bremerhaven wieder eine Außenstelle der Familienkasse eingerichtet wird.

Begründung:

Wir sind durch mehrere Bürger aus Bremerhaven darüber informiert worden, dass bei der Familienkasse in Bremen wiederholt Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen, durch angeblich nicht eingegangene oder verlegte Antragsunterlagen vorgekommen sind. Diese Verzögerungen bei Anträgen und Weiterbewilligungen sind nicht hinnehmbar und bedeuten eine Benachteiligung von Bürgern die nicht direkt in der Stadt Bremen leben.

Nicht vor Ort befindliche Personen müssen, wegen angeblich auf dem Postweg verlorengegangenen Unterlagen Verzögerungen bei der Bewilligung erdulden, da es für diesen Personenkreis notwendig ist um die erforderlichen Unterlagen erstmalig oder erneut einzureichen ggf. einen Urlaubstag sowie entsprechende Fahrtkosten aufzuwenden, dies bedeutet für Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und Ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt eine unnötige Härte. Eine zentrale Stelle zur Bearbeitung von Anträgen ist nur dann sinnvoll wenn ALLE Bürger diese auf kurzem Weg erreichen können. Diese Situation ist auf Grund der geografischen Lage der Städte Bremen und Bremerhaven im Bundesland Bremen nicht gegeben .

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gez.
Franz Simmler
und Fraktion